

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

22. Jänner 2019

zum Thema

**Der Aufstand der Menschlichkeit, Integration und
der wirtschaftlichen Vernunft wird immer stärker
und erfolgreicher**

**„Ausbildung statt Abschiebung“ -
neue Chancen, neue Perspektiven & Ergebnisse der OÖ.
Lehrlingskonferenz**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

**Der Aufstand der Menschlichkeit, Integration und
der wirtschaftlichen Vernunft wird immer stärker
und erfolgreicher: „Ausbildung statt Abschiebung“ -
neue Chancen, neue Perspektiven & Ergebnisse der OÖ.
Lehrlingskonferenz**

Die von Oberösterreich ausgehende und von Oberösterreichs Integrations-Landesrat Rudi Anschober gestartete Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“ - gegen die Abschiebung von Lehrlingen und für einen Zugang für Asylwerber/innen zur Lehre in Mangelberufen wird immer breiter unterstützt. Bereits 114 Gemeinden mit 2,8 Mio. Einwohner/innen (davon alleine 84 mit 577.000 Einwohnern aus Oberösterreich), 1.147 Unternehmen (davon 650 aus Oberösterreich) und 67.000 Einzelpersonen sowie viele Prominente aus allen Bereichen und Lagern unterstützen das Anliegen. Denn alleine in Oberösterreich können über 4.200 Lehrstellen nicht besetzt werden - mit stark steigender Tendenz. Und die Asylverfahren dauern inkl. 2. Instanz noch immer völlig untragbare 2,5 bis 3 Jahre. 2019 werden die Entscheidungen fallen - bei den Verfahren und durch eine politische Lösung.

Integrations-Landesrat Rudi Anschober fordert von der Bundesregierung nun ein Ende der bisherigen Gesprächsverweigerung und ersucht die beiden Regierungsparteien in Oberösterreich um Unterstützung für Gespräche mit Bundeskanzler und Innenminister für eine Lösung der Menschlichkeit, der Integration und der wirtschaftlichen Vernunft, zumal es zunehmende Zweifel daran gibt, dass das Vorgehen der Bundesregierung rechtskonform ist. Und Anschober betont: *„Wir werden so lange wachsen und immer stärker werden, bis es eine Lösung gibt!“* Nun berichten auch internationale Medien und eine prominent besetzte Veranstaltung folgt am Sonntag.

14.386 Lehrstellen sind derzeit in Österreich in Mangelberufen nicht besetzt, alleine 4.263 in Oberösterreich (AMS November 2018). Und die Zahlen steigen dramatisch an - nicht wenige Betriebe sind ohne neue Mitarbeiter/innen existenziell gefährdet, immer mehr Aufträge und damit immer höhere Umsatzsummen müssen abgelehnt werden.

Anschober: „Asylwerbende und Asylberechtigte können die Lehrstellenkrise sicherlich nicht alleine lösen, aber sie können einen wichtigen und wesentlichen Beitrag leisten.“

Derzeit sind in Oberösterreich 391 Asylwerber/innen in Lehrausbildung, 20 haben diese bereits abgeschlossen. Bundesweit handelt es sich um rund 1.000. Weitere rund 700 Asylberechtigte üben in OÖ eine Lehre aus, lediglich 88 suchen eine Lehrstelle. Rund zwei Drittel sind von Abschiebung bedroht.

Die Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“ wurde von Anschober vor etwas über einem Jahr gestartet. Nun wurde sie zu eine der am breitesten unterstützen politischen Initiativen der letzten Jahre. Wirtschaftskammer und AK-Vollversammlung fassten entsprechende Beschlüsse und alleine **in Oberösterreich unterstützen 84 Gemeinden - mit 577.000 Einwohner/innen - die Initiative.**

Unterstützer-Gemeinden	Einwohner
Aigen-Schlägl	3.190
Alkoven	5.809
Ampflwang Im Hausruckwald	3.376
Aschach an der Donau	2.200
Attnang-Puchheim	8.944
Bad Zell	2.922
Bad Goisern	7.450
Braunau am Inn	16.887
Diersbach	1.589
Dietach	3.200

Unterstützer-Gemeinden	Einwohner
Eferding	4.100
Esternberg	2.855
Feldkirchen an der Donau	5.337
Gallneukirchen	6.492
Goldwörth	840
Gramastetten	5.108
Großraming	2.694
Grünbach	1.647
Gutau	2.742
Hallstatt	778
Hart	4.972
Haslach an der Mühl	2.536
Hinterstoder	910
Hochburg-Ach	3.231
Hofkirchen im Mühlkreis	1.520
Innerschwand am Mondsee	1.174
Kirchberg ob der Donau	1.048
Kirchdorf an der Krems	4.389
Kirchham	2.073
Kleinzell im Mühlkreis	1.422
Kollerschlag	1.520
Kremsmünster	6.585
Lambach	3.435
Leonding	28.081
Linz	203.012
Losenstein	1.604
Luffenberg an der Donau	4.108
Mauthausen	4.936
Micheldorf	5.854
Mitterkirchen im Machland	1.718
Molln	3.653
Mondsee	3.673
Neudörfel	4.564
Neukirchen an der Ecknack	2.300
Neuhofen im Innkreis	2.408
Neumarkt im Hausruckkreis	1.465
Neumarkt im Mühlkreis	3.163
Oepping	1.510

Unterstützer-Gemeinden	Einwohner
Ottensheim	4.717
Pabneukirchen	1.710
Perg	8.388
Pislbach	629
Pötting	541
Prambachkirchen	2.889
Pregarten	5.293
Pucking	3.925
Putzleinsdorf	1.587
Reichraming	1.742
Ried im Innkreis	11.775
Rohr im Kremstal	1.374
Rohrbach-Berg	5.175
Rüstdorf	2.104
Sankt Georgen an der Gusen	3.972
Sankt Oswald bei Freistadt	2.882
Schalchen	3.877
Schildorn	1.224
Schörfling am Attersee	3.425
Schwanenstadt	4.232
Schwarzenberg am Böhmerwald	582
Schwertberg	5333
Sierining	9371
St. Peter am Wimberg	1.770
Steyr	38.324
Stroheim	1.555
Steyregg	4.889
Taiskirchen im Innkreis	2.407
Ternberg	3.367
Ulrichsberg	2.836
Vöcklabruck	12.302
Vöcklamarkt	4.924
Vorchdorf	7.475
Walding	4.127
Weyer an der Enns	4.258
Weyregg am Attersee	1.566
Wilhering	5.911
Gesamt	577.482

1.147 Unternehmen, davon 650 aus Oberösterreich unterstützen „Ausbildung statt Abschiebung“, darunter etwa bekannte Firmen aus Oberösterreich wie Josko Fenster, Resch & Frisch, Grüne Erde, E-Tech, Toprein, Kirchdorfer Zementwerke, Leading Family Hotel & Resort Dachsteinkönig, Kurhotel Bad Zell, Tiger Coatings GmbH, Architekt Wenter, ABC Dachlackierer & Maler GmbH, Stadler Steuerberatung, Cafe am Pfarrplatz, Brauerei Attersee, Freistädter Braugasthof GmbH, epunkt GmbH, u.v.a.m. Bereits 67.200 Privatpersonen haben eine Online-Petition www.ausbildung-statt-abschiebung.at unterzeichnet, 28.000 einen Offenen Brief an den Bundeskanzler und auch über 100 Prominente von Hermann Maier bis Toni Innauer, von den Chefs von Spar, Rewe und Porr bis zu Dutzenden prominenten Künstler/innen sowie Politiker/innen (von Molterer bis Fischler, von Mitterlehner bis Pröll) unterstützen die Initiative.

Prominente Unterstützer aus OÖ
Josef Hader
Hubert von Goisern
Reinhold Mitterlehner
Gexi und Anna Tostmann
Petra Ramsauer
Stefan Ruzowitzky
Josef Stockinger
Marie Luise Stockinger
Christian Ludwig Attersee
Sabine Derflinger
Josef Moser (AK OÖ)
Josef Penninger
Ferry Öllinger
Mike Süsner
Martin Grubinger
Gerhard Haderer
Rainer Reichl
Stephan Suschke
Dennis Russel Davies
Willi Molterer

Breite Mehrheit der Bevölkerung unterstützt „Ausbildung statt Abschiebung“

Nach einer aktuellen Umfrage des SORA-Meinungsforschungsinstitutes unterstützt eine breite Mehrheit der Oberösterreicher/innen sowohl den Zugang von Asylwerber/innen zur Lehre als auch einen Abschiebestopp während der Lehrausbildung.

Forderungen an Flüchtlingspolitik (2018)



Grafik 1: Land OÖ

4. Lehrlingskonferenz gestern Abend in Linz

Über 200 Interessierte haben gestern an der 4. Lehrlingskonferenz von LR Anschober in Linz teilgenommen. Dabei standen Erfolgsbeispiele von Lehrausbildungen, die volkswirtschaftlichen Vorteile sowie Rechtsfragen im Mittelpunkt. Viele Unternehmen bekundeten ihr großes Interesse an der Lehrausbildung von Asylwerber/innen in ihrem Betrieb.

Große Zweifel an der Rechtskonformität

Die EU-Aufnahme-RL sieht in Artikel 15 vor, dass bei Personen, die sich mehr als neun Monate in der ersten Instanz im Verfahren befinden, ein effektiver Arbeitsmarktzugang ermöglicht wird. In Österreich ist dies aber nach dem Aus für die Lehre nur mehr in sehr eng beschränkten Bereichen der Saisoniers und in Form von Selbständigkeit möglich. Anschober ist überzeugt, dass Österreich damit EU-Recht bricht. Derzeit evaluiert die EU-Kommission die Umsetzung der Aufnahmerichtlinie durch die einzelnen Mitgliedsstaaten.

Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte - Rechtsgutachten: Abschiebungen asylwerbender Lehrlinge nicht zulässig

Menschenrechtsexperte Mag. Adel-Naim Reyhani vom Ludwig Boltzmann Institut hat sich in mit der Beschäftigung von Asylwerbenden in Mangelberufen und der Zulässigkeit von Rückkehrentscheidungen auseinandergesetzt und die Ergebnisse seiner Arbeit bei der gestrigen Lehrlingskonferenz in den Redoutensälen präsentiert. Das von Mag. Reyhani und Univ.-Prof. Dr. Manfred Nowak erstellte Gutachten kommt zum eindeutigen Ergebnis, dass im Rahmen der Prüfung der Zulässigkeit einer Rückkehrentscheidung bei der Interessensabwägung das wirtschaftliche Wohl des Landes berücksichtigt werden muss und dieses geeignet sein kann, die Annahme des Bestehens eines gewichtigen öffentlichen Interesses an einer Aufenthaltsbeendigung zu entkräften.

Demnach greifen Rückkehrentscheidungen gegenüber Asylsuchenden, die in Österreich in einem Mangelberuf tätig sind oder eine Lehre in einem Beruf mit Lehrlingsmangel absolvieren, regelmäßig in deren Recht auf Privat- und Familienleben nach Art 8 Abs 1 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ein. Derartige Eingriffe sind aber nur dann gerechtfertigt, wenn sie in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind, um zumindest eines der in

Art 8 Abs 2 EMRK formulierten legitime Ziele zu verfolgen. Um eine Rückkehrentscheidung zu rechtfertigen, muss eine Interessensabwägung erfolgen, in der die Interessen am Verbleib in Österreich den Interessen an der Aufenthaltsbeendigung gegenübergestellt werden. Eine solche Abwägung muss alle relevanten Umstände des Einzelfalls in einer Gesamtbetrachtung berücksichtigen.

Wenn eine Person in einer beruflichen Tätigkeit beschäftigt ist, die dem wirtschaftlichen Wohl Österreichs dient, trägt dieser Faktor – genauso wie jede andere Beschäftigung auch – zunächst dazu bei, dass dem privaten Interesse am Verbleib in Österreich höheres Gewicht zukommt. Bei unbescholtenen Asylsuchenden, die über die Einreise zum Zwecke der Asylantragstellung hinaus die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen nicht verletzt haben, kommt für das Interesse, eine Aufenthaltsbeendigung im Sinne der Aufrechterhaltung eines geordneten Fremdenwesens vorzunehmen, in der Regel allerdings nur das wirtschaftliche Wohl des Landes als legitimes Ziel gem Art 8 Abs 2 EMRK in Frage.

Daher kann eine Tätigkeit, die ebendiesem wirtschaftlichen Wohl dient, zudem auch geeignet sein, die Annahme des Bestehens eines gewichtigen öffentlichen Interesses an einer Aufenthaltsbeendigung in Frage zu stellen. Denn in einer solchen Konstellation wird die dem abstrakten Interesse an einem geordneten Fremdenwesen zugrundeliegende Annahme, wonach nicht vom Staat gesteuerte Zuwanderung das wirtschaftliche Wohl Österreichs negativ beeinträchtigt, von den besonderen Umständen des Sachverhalts im konkreten Anwendungsfall entkräftet.

Bei der Prüfung der Zulässigkeit einer Rückkehrentscheidung muss in derartigen Fällen bedacht werden, dass ein Eingriff in das Recht nach Art 8 Abs 1 EMRK nur mit einer über den allgemeinen Hinweis auf das Interesse am geordneten Fremdenwesens hinausreichenden Untermauerung der

Notwendigkeit im Sinne des wirtschaftlichen Wohls des Landes nach Art 8 Abs 2 EMRK gerechtfertigt werden könnte.

Auch internationale Medien greifen die Initiative auf - gestern Spiegel Online:

„Ausbilden, nicht abschieben“ (Leseprobe- Spiegel Online; 21.01.2019)

Österreich fehlen Tausende Arbeitskräfte, trotzdem schiebt das Land auch Asylbewerber ab, die sich in Ausbildung befinden. Ein Grünen-Politiker kämpft dagegen - und bringt Kanzler Kurz in Erklärungsnot. Darf man junge Asylbewerber abschieben, deren Asylantrag abgelehnt wurde - auch wenn sie sich mitten in der Ausbildung befinden? Diese Frage entzweit Österreich seit Monaten. Die Regierung aus konservativer ÖVP und rechtspopulistischer FPÖ verfolgt einen harten Kurs in der Migrationspolitik und lehnt eine Sonderbehandlung von Asylbewerbern in der Lehre ab. Unternehmer, Künstler, weite Teile der Gesellschaft und immer mehr Politiker sehen das anders - selbst aus den Reihen der ÖVP und der FPÖ. Treibende Kraft in dieser Debatte ist Rudi Anschober. Der Grünen-Politiker, 58 Jahre alt, ist der für Integration zuständige Minister - Landesrat, wie es hier heißt - des Bundeslandes Oberösterreich....

Der gesamte Artikel zum Nachlesen:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/oesterreich-darf-ein-land-asylbewerber-mitten-in-der-ausbildung-abschieben-a-1249031.html>

Sonntag weitere große Veranstaltung zur Job-Integration

Menschen.Würde.Österreich lädt am Sonntag, ab 11 Uhr in das Theater Akzent in Wien zu einer Matinee zur Frage der Arbeitsmarktintegration. Dabei diskutieren neben LR Anschober u.a. Reinhold Mitterlehner, die oö. Lehrlingsbetreuerin Anita Tossmann, der ehemalige Banker und Flüchtlingskoordinator Christian Konrad, viele Künstler/innen unterstützen das Anliegen durch ihre Auftritte – u.a. Peter Grubinger, Erika Pluhar, Stermann & Grissemann u.v.a.m.